

Der Senator für Inneres und Sport
Contrescarpe 22/24, 28203 Bremen

Stadtamt Bremen

Magistrat der Stadt Bremerhaven
- Bürger- und Ordnungsamt -

Auskunft erteilt Ute Schenkel

Zimmer 319

Tel.: 0421/361-9046

Fax: 0421/496-9046

E-mail:
ute.schenkel@inneres.bremen.de

Datum und Zeichen
Ihres Schreibens

Mein Zeichen
(bitte bei Antworten angeben)
e14-02-01 Residenzpflicht

Bremen, 18. Februar 2014

nachrichtlich:

Senatskanzlei - Integration

Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen

Der Senator für Justiz und Verfassung

Verwaltungsgericht Bremen

Oberverwaltungsgericht Bremen

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) - Außenstelle Bremen

**Räumliche Beschränkungen des Aufenthalts
von Asyl- und Schutzsuchenden sowie Geduldeten**

Asyl- und Schutzsuchende (§ 1 AsylVfG) haben bereits auf Grund der Verordnung über den vorübergehenden Aufenthalt von Asylbegehrenden außerhalb des Geltungsbereichs der Aufenthaltsgestattung vom 19. März 2013 (Brem.GBl. S. 108) die Möglichkeit, sich vorübergehend auch auf dem Gebiet des Landes Niedersachsen aufzuhalten.

Die Regelung erfolgte vor dem Hintergrund der Insellage bzw. geringen Größe der Freien Hansestadt Bremen und der damit verbundenen vergleichsweise starken Einschränkung der Bewegungsfreiheit für diesen Personenkreis sowie um diesem Personenkreis eine bessere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Auch für Geduldete bedeutet die räumliche Beschränkung eine Beeinträchtigung der persönlichen Belange, die im Vergleich zu den betroffenen öffentlichen Interessen und dem Gesetzeszweck insbesondere weil Duldungen häufig über einen längeren Zeitraum erteilt werden, als schwer anzusehen ist.



Eingang
Contrescarpe 24
Eingang Schulhof



Dienstgebäude
Contrescarpe 22/24
28203 Bremen



Bus / Straßenbahn
Hauptbahnhof
Theater am
Goetheplatz

Sprechzeiten
Mo. - Do.
09:00 - 15:00 Uhr
Frei. 9.00 – 13.00

Bremer Landesbank (BLZ 290 500 00) Kto. 1070115000
Deutsche Bundesbank (BLZ 290 000 00),
Filiale Bremen Kto. 29001565
Sparkasse Bremen (BLZ 290 501 01) Kto. 1090653

Im Rahmen antragsunabhängiger Einzelfallentscheidungen bitte ich dies für Geduldete im Rahmen des Ermessens gemäß § 61 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 12 Absatz 5 AufenthG dahingehend zu berücksichtigen, dass in der Regel die generelle Erlaubnis erteilt wird, den Geltungsbereich der Duldung vorübergehend zu verlassen.

Eine räumliche Beschränkung auf das Land bzw. die Stadt soll nur dann erfolgen bzw. beibehalten werden, wenn ein Ausweisungsgrund gemäß §§ 53 oder 54 des Aufenthaltsgesetzes vorliegt oder wenn aufenthaltsbeendende Maßnahmen unmittelbar bevorstehen.

Für Asyl- und Schutzsuchende bitte ich dies im Rahmen antragsunabhängiger Einzelfallentscheidungen im Rahmen des Ermessens gemäß § 58 Absatz 1 Satz 1 AsylVfG zu berücksichtigen und zu prüfen, ob eine über den Bereich der o.g. Verordnung geltende weitergehende Verlassenserlaubnis erteilt werden kann.

Die Verordnung über den vorübergehenden Aufenthalt von Asylbegehrenden außerhalb des Geltungsbereichs der Aufenthaltsgestattung vom 19. März 2013 (Brem.GBl. S. 108) bleibt unberührt.

Die generelle Verlassenserlaubnis ist als Auflage – neben der üblichen Auflage zur Wohnsitznahme – wie folgt zu fassen:

Duldungen:

„Der Aufenthalt ist räumlich beschränkt auf das Gebiet der Freien Hansestadt Bremen. Dem Inhaber dieser Bescheinigung wird erlaubt, dessen Geltungsbereich vorübergehend zu verlassen.“

Aufenthaltsgestattungen:

„Der Aufenthalt ist räumlich beschränkt auf das Gebiet der Stadt Bremen/Stadt Bremerhaven. Dem Inhaber dieser Bescheinigung wird erlaubt, dessen Geltungsbereich vorübergehend zu verlassen.“

oder (im Falle der negativen Ermessensausübung):

„Der Aufenthalt ist räumlich beschränkt auf das Gebiet der Stadt Bremen/Stadt Bremerhaven. Dem Inhaber dieser Bescheinigung wird erlaubt, dessen Geltungsbereich für den vorübergehenden Aufenthalt auf dem Gebiet der Freien Hansestadt Bremen und des Landes Niedersachsen zu verlassen.“

Dieser Erlass tritt am 19. Februar 2014 in Kraft.

Im Auftrag

gez. Schenkel